ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Bundesbank - EG-Agrarpolitik - Frankreich - Italien - RGW-Wirtschaftsgipfel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: Bundesbank - EG-Agrarpolitik - Frankreich - Italien - RGW-Wirtschaftsgipfel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 8, pp. 365-366

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135705

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bundesbank

Erfolgsbilanz für 25 Jahre

Gemessen an der Stabilität der D-Mark war die Deutsche Bundesbank seit ihrer Gründung vor nunmehr 25 Jahren erfolgreicher als die Notenbanken der anderen Industrieländer, die Schweizer Nationalbank eingeschlossen. Darüber hinaus zeigt ein Blick auf die in diesem Zeitraum erzielten hohen realen Wachstumsraten, daß Stabilität und Wirtschaftswachstum bei wohlverstandener Notenbankpolitik durchaus keine konkurrierenden, sondern komplementäre Ziele sind. Diese Erfolgsbilanz für den Durchschnitt der gesamten Periode ist zwar beeindruckend, jedoch wird das Bild getrübt durch die steigende Tendenz der Inflationsraten bei gleichzeitig wachsender Schwankungsbreite; parallel dazu haben die realen Wachstumsraten abgenommen.

Darf man aus dieser Entwicklung schließen, daß die wirtschaftspolitische Kraft der Bundesbank gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren abgenommen hat? Eher ist das Gegenteil der Fall, denn die vom Ausland – insbesondere von den USA, der „économie dominante" – ausgehenden Schocks sind in den siebziger Jahren größer geworden. Zwar ist die Stabilität der D-Mark absolut geringer geworden, relativ, d. h. im Vergleich zu anderen Währungen, hat sie aber sogar noch zugenommen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die geldpolitischen Leistungen der siebziger Jahre höher zu bewerten als die der sechziger Jahre, die in einem günstigeren Umfeld erzielt wurden. Im übrigen sind die Erfolge der ersten Dekaden paradoxerweise für die monetären Steuerungsprobleme der letzten Zeit mitverantwortlich: Die D-Mark gewann u. a. durch die Politik der Bundesbank international ein solches Ansehen, daß sie zur zweitwichtigsten Reserve- und Anlagewährung – nach dem Dollar – aufstieg. Diese Internationalisierung hat eine angemessene geldpolitische Steuerung zusätzlich erschwert. ws

EG-Agrarpolitik

Zum Wein(en)

Die im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft verabschiedete neue Weinmarktordnung sieht vor allem eine Ausweitung der Destillationsmaßnahmen zum Abbau von Marktüberschüssen sowie einige andere Regelungen zur Einkommenssicherung der europäischen Winzer vor. Allein die Bundesrepublik stimmte dagegen, ohne allerdings die Einführung durch ein Veto zu blockieren.

Durch die neue Weinmarktordnung werden zwar die herbstlichen Weinkriege zwischen den romanischen Schwestern Frankreich und Italien vermieden, die ihren schlagzeilenträchtigen Ausdruck in Blockaden, umgeworfenen Tankwagen usw. fanden. Andererseits darf man aber nicht die neuen Finanzrisiken für die europäische Agrarpolitik übersehen. Die jährlichen Zusatzkosten werden von der Kommission auf umgerechnet nur 67 Mill. DM beziffert; dies wird allerdings in Bonn als zu niedrig angesehen. Entscheidend für die Ablehnung dürften – neben prinzipiellen Bedenken gegen umfassende Marktregulierungen – auch die Finanzierungsprobleme sein, die sich aus der geplanten Süderweiterung der Gemeinschaft, vor allem dem Beitritt Spaniens, ergeben. Dessen Weinerzeugung liegt im Schnitt über 30 Mill. hl mit Spitzen bis 50 Mill. hl. Das birgt erhebliche finanzwirksame Überschußprobleme für die Gemeinschaft.

Die in letzter Zeit abgegebenen Absichtserklärungen zur Reform der Agrarpolitik in Richtung auf einen Abbau von Produktionsüberschüssen haben in der neuen Weinmarktordnung keinen Niederschlag gefunden; diese dürfte eher noch produktionsanregend wirken. Damit verstärkt sich der Eindruck, daß es sich wieder einmal nur um Lippenbekenntnisse gehandelt hat und daß die Skeptiker, die die gemeinsame Agrarpolitik für „reformresistent" halten, recht behalten werden. kr

Frankreich

Anpassung durch Arbeitsmarktabgabe

Wie begrenzt die Möglichkeiten für eine expansive Finanzpolitik bei der gegenwärtigen hartnäckigen Konjunkturschwäche sind, zeigt sich in Frankreich. Die vor allem durch eine Ankurbelung des privaten Verbrauchs beabsichtigten nachhaltig anregenden Wirkungen auf die Wirtschaft bleiben aus. Die wirtschaftspolitische Sorge gilt nunmehr dem für die westlichen Industrieländer typischen Problem, das Budgetdefizit in Grenzen zu halten. Diese Aufgabe wird auch in Frankreich durch den kräftigen Anstieg der Defizite in den Sozialhaushalten erschwert.

Die Regierung geht dieses Problem nicht zuletzt mit einer Verbreiterung der Einnahmenbasis an: Um das Defizit in der Arbeitslosenversicherung zu reduzieren, werden Beamte und Freiberufler nunmehr zu einer Solidaritätsabgabe herangezogen. Dem Umfang nach ist das zusätzliche Mittelaufkommen zwar begrenzt. Großes Gewicht wird daneben jedoch dem qualitativen Aspekt der Abgabe zugemessen: Die durch den raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit bedingten finanziellen Lasten sollen gerechter verteilt werden.

Das bisherige Verfahren, die Finanzierungslasten der Arbeitslosigkeit grundsätzlich nach dem „Versicherungsprinzip" auf einen bestimmten Kreis der Erwerbstätigen zu begrenzen, erweist sich bei der gegenwärtigen hartnäckigen Wachstumsschwäche und der Aussicht auf jahrelang hohe Arbeitslosigkeit sicherlich als fragwürdig. Dies gilt auch über Frankreich hinaus, wie die Diskussion in der Bundesrepublik zeigt. Andererseits kann es aber bei den notwendigen Anpassungen nicht nur darum gehen, die Abgabenbasis zu vergrößern. Notwendig wäre es vielmehr, alle mit dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Probleme der sozialen Sicherung zu überdenken. gw

Italien

Gescheitertes Sanierungsprogramm

Der Freudentaumel über den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1982 ist in Italien verrauscht. Mit ihm auch die Moral, die Regierungschef Spadolini, der erste nicht den Christdemokraten angehörende Ministerpräsident des Landes seit 35 Jahren, aus der sportlichen Großtat für die praktische Politik zu gewinnen suchte. In der Tat hätte es eines hohen Maßes an Teamgeist in den fünf Koalitionsparteien bedurft, um das drastische Programm zur Begrenzung des ausufernden Staatsdefizits über die parlamentarischen Hürden zu bringen.

Doch so sehr sich die Parteien auch über die Notwendigkeit der Haushaltssanierung einig waren, so schwierig erwies es sich wieder einmal, einen Konsens über die notwendigen Maßnahmen herzustellen. Per Regierungsdekret – aber noch parlamentarisch abzusegnen – wurden zwar bereits zum 1. August die Mehrwertsteuer, die Preise für Kraftstoff, die Steuern auf Unternehmenserträge und die Arbeitgeberabgaben für die Sozialversicherung angehoben, nachdem wenige Tage zuvor schon die Eisenbahn- und die Stromtarife erneut erhöht worden waren. Über diese sofort wirksamen Einnahmensteigerungen hinaus sah die Regierung für das kommende Jahr erhebliche Kürzungen der Ausgabenansätze vor. Doch das Programm kam nun frühzeitig zu Fall. Die sechs sozialistischen Minister traten wegen der Ablehnung des – auf ihre Initiative zurückgehenden – Antrages auf eine erhöhte Steuervorauszahlung der Mineralölunternehmen in der Abgeordnetenkammer zurück. Dies war allerdings wohl mehr Anlaß als Ursache. Schließlich macht die sozialistische Partei schon des längeren Ansprüche auf das Amt des Ministerpräsidenten geltend. Zudem befindet sie sich politisch im Aufwind und kann im Falle von Neuwahlen auf eine Stärkung ihrer parlamentarischen Position rechnen. wt

RGW-Wirtschaftsgipfel

Kein Mangel an Gesprächsthemen

Beim jüngsten Treffen des tschechoslowakischen Präsidenten Husak mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnjew wurde betont, daß die RGW-Staaten die für beide Seiten vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Industriestaaten zwar aufrechterhalten wollten, sich jedoch angesichts der amerikanischen Sanktionen Maßnahmen überlegen müßten, um die Abhängigkeit von Westimporten zu verringern. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des RGW soll ein in diesem Zusammenhang angekündigtes Gipfeltreffen über Wirtschaftsfragen sein.

Über einen Mangel an Gesprächsthemen werden die Teilnehmer dieser Runde nicht zu klagen haben: Die Folgen des amerikanischen Embargos für die Zusammenarbeit Osteuropas mit dem Westen werden ebenso erörtert werden müssen wie die infolge wiederholter Mißernten erforderlichen Getreideimporte. Die zunehmende Verschuldung der RGW-Staaten im Westen, vor allem die drohende Zahlungsunfähigkeit Polens und ihre Auswirkungen auf den gesamten Ost-West-Handel, dürfte ebenfalls besprochen werden.

Aber auch die internen Probleme häufen sich. Die Versorgungslage der RGW-Länder mit Ausnahme Ungarns hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Zudem werden sicherlich die störenden Auswirkungen der polnischen Wirtschaftskrise auf die Zusammenarbeit und den Handel innerhalb des RGW auf dem Programm stehen. Ein Reibungspunkt dürfte vor allem die Versorgung der RGW-Staaten mit Roh- und Brennstoffen sein: Während die brennstoffarmen Partnerländer angesichts ihrer knappen Devisen an zunehmenden und preislich vorteilhaften Lieferungen aus der Sowjetunion interessiert sind, hat die UdSSR ihre Erdölliefe-rungen an diese Länder eingeschränkt. sr